

## Beschlüsse

des Rundtischgespräches am 27.12.1989

### 1. Neuzulassung von Parteien, Gruppierungen und Organisationen

Die Arbeitsgruppe "Prioritäten" soll eingehende Anträge prüfen und Vorschläge der jeweils nächsten Sitzung vorlegen.

### 2. Veränderung der Geschäftsordnung

#### 1. Ersatz der Ziffer 8 mit folgendem Wortlaut:

"Die am Runden Tisch vertretenen Parteien und Organisationen haben das Recht, Berater in der gleichen Anzahl hinzuzuziehen, mit der sie selbst am Runden Tisch sitzen. Diese haben kein Rederecht.

Bei Verhinderung eines Vertreters am Runden Tisch kann ein Berater mit vollem Recht eines Vertreters nachrücken. Den Parteien und Organisationen am Runden Tisch wird empfohlen, die Berater aus den Mitarbeitern der Arbeitsgruppen beim Runden Tisch auszuwählen. Berater können ausgetauscht werden."

#### 2. Einfügung

Als vierter Anstrich:

"- Ueberweisung an eine Arbeitsgruppe".

### 3. Bildung von weiteren Arbeitsgruppen

Zu den bestehenden 11 Arbeitsgruppen und der ad-hoc-Arbeitsgruppe "Prioritäten" werden eine Arbeitsgruppe "Recht" und eine Arbeitsgruppe "Sicherheit" gebildet.

Arbeitsgruppe "Recht"

Einberufer: Gutzeit/Dr. Töpfer

Arbeitsgruppe "Sicherheit"

Einberufer: Böhme/ und ein Vertreter der SED-PDS

### 4. Beziehung zwischen Runden Tisch und Regierung

Wir fordern die ständige Präsenz eines kompetenten Regierungsvertreters an den Beratungen des Runden Tisches, der umfassend Auskunft über die Regierungstätigkeit geben kann. Darüber hinaus ist ein ständiger Vertreter des Wirtschaftsministeriums zu delegieren.

Zu feststehenden Tagungsordnungspunkten lädt der Runde Tisch fachkompetente Minister oder von ihm benannte Vertreter ein.

Gesetzesvorlagen und wesentliche Regierungsentscheidungen sind rechtzeitig schriftlich den Teilnehmern des Runden Tisches zuzuleiten.

### 5. Zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit

Auf der Grundlage der Information zum Entschluß der Regierung der DDR vom 14.12.1989 zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit beschloß der Runde Tisch:

- Annahmung einer Stellungnahme der Regierung zu den in den Papieren "Staatssicherheit und wie weiter?" und "Neues Forum: Zur Regierungsinformation vom 15.12.1989" aufgeworfenen Fragen
- Forderung einer schriftlichen Information durch einen Regierungsvertreter zum 03.01.1990 über Strukturen des MfS und Wirkungsweisen der Kontrollkommissionen zur Auflösung des MfS. Die Weisung vom 14.12.1989 zur Bildung eines Verfassungsschutzes ist bis zum 06.05.1990 auszusetzen. Von der Bildung eines selbständigen Verfassungsschutzes ist Abstand zu nehmen, Konzepte sind öffentlich zu diskutieren.
- Die Baukapazitäten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, sowohl in Eigenbetrieben und Baubilanzen, werden grundsätzlich für die ökologische Sicherheit und das Gesundheitswesen umgesetzt.
- Anfrage an die Regierung, ob die Informationen des Neuen Forums zutreffen, daß am 07.12.1989 die Regierung Hans Modrow die Vernichtung von Unterlagen des ehemaligen MfS anordnete und am 08.12.1989 einen Beschluß zur Sicherung von Gehältern für entlassene Staatsbeamte für die Dauer von 3 Jahren faßte.
- Anfrage an die Regierung, ob Ministerpräsident Modrow diese Entscheidungen allein trug oder ob die Mitglieder des Ministerrates, also auch die Minister der DBD, der LDPD, der NDPD und der CDU die Entscheidung mittrugen.

In seiner Grundlegung, dem Selbstverständnis des Runden Tisches, forderte dieser am 07./08.12.1989 von der Volkskammer und der Regierung, rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden. Gleichzeitig forderte er die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in unserem Land.

Bis heute ist die Regierung Modrow diesen Forderungen nur sehr unvollständig nachgekommen. Es wurden wichtige Entscheidungen ohne vorherige Information gefällt.

Der Runde Tisch bringt hiermit der Regierung seinen Protest zum Ausdruck und erwartet, daß diese den Forderungen des Runden Tisches künftig nachkommt.

Erklärung zu neofaschistischen Tendenzen in der DDR

Die Teilnehmer am Runden Tisch beobachten mit ernster Sorge, daß Auftritte neofaschistischer Kräfte im Lande zunehmen und deren Formierung beginnt. Während es 1988 44 polizeiliche Ermittlungsverfahren wegen neofaschistischer Gewalthandlungen und Aktivitäten gab, sind es in diesem Jahr bis Ende November bereits 144.

Die Teilnehmer am Runden Tisch wenden sich entschieden gegen jede Art neofaschistischer Aktivitäten. Sie sehen Alarmzeichen gesetzt. Noch ist Zeit, den Anfängen zu wehren. Aber höchste Zeit. Daher gilt es, das antifaschistische Klima in der Gesellschaft der DDR zu bewahren und unmißverständlich zu stärken, allen und jedem entschieden entgegenzutreten, was ganze Menschengruppen diskriminiert, Andersdenkende und Andersartige ausgrenzt und damit die Gleichheit aller Menschen mißachtet und so schwere Gefahren für Nation und Demokratie heraufbeschwört. Dem zu begegnen gehört in die Verantwortung aller politischen Kräfte des Landes, denen an gewaltfreier und demokratischer Umgestaltung liegt.

Die örtlichen Volksvertreter und Bürgerkomitees sind aufgerufen, auf allen Ebenen die Arbeit der antifaschistischen Basisgruppen zu unterstützen.

\* \* \*